

Wintersession 2022 Empfehlungen der Föderation ARTISET

	Geschäft	Haltung von ARTISET
28.11. Nationalrat	<u>22.040</u> Bundesgesetz Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege	Die SGK-N empfiehlt dem Rat, die Ausbildungsoffensive als erstes Paket zur Umsetzung der Pflegeinitiative zielgerichtet und ohne Verzögerungen anzugehen. Bereits der Ständerat hat das erste Paket integral und einstimmig angenommen. ARTISET empfiehlt: Annahme des Bundesgesetzes
28.11. Nationalrat	<u>20.3209</u> Mo Müller Damian Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit	Elektronisch ausgestellte und digital übertragene Rezepte erleichtern eine prozessorientierte Medikation. Dadurch lassen sich Medienbrüche verhindern und Fehlerquellen reduzieren. E-Rezepte stellen eine Voraussetzung dar, dass ihr Inhalt in strukturierter Form ins elektronische Patientendossier integriert werden kann. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
28.11. Nationalrat	<u>22.3233</u> Mo Carobbio Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten	Zur Verhinderung und Bekämpfung häuslicher und sexueller Gewalt insbesondere gegen Frauen mit Behinderung braucht es spezifische Programme und Projekte. Damit die Istanbul-Konvention tatsächlich greift, ist eine kohärente Umsetzung notwendig. Aus Sicht von ARTISET trägt die Motion zielführend dazu bei. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
28.11. Nationalrat	<u>22.3377</u> Mo SGK-N Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads	Die Motion regt die Schaffung einer Bemessungsgrundlage an, die bei der Ermittlung des Einkommens mit Invalidität zur Anwendung kommt. Diese Grundlage soll mittels statistischer Werte realistische Einkommensmöglichkeiten von Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung berücksichtigen. Der Ständerat hat in der Herbstsession eine Verlängerung der Umsetzungsfrist bis Ende 2023 angeregt, die vom Nationalrat bestätigt werden muss. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion

	Geschäft	Haltung von ARTISET
29.11. Ständerat	<u>22.046</u> Bundesgesetz Covid-19-Gesetz. Änderung (Verlängerung und Änderung ausgewählter Bestimmungen)	Die vorgeschlagenen Änderungen erachtet ARTISET zum grossen Teil als plausibel. Es ist trotz der aktuell günstigen epidemiologischen Lage aber darauf zu achten, dass bei Impfung und Testung ein einheitliches, landesweit gültiges Vorgehen bis Ende Juni 2024 (Variante Nationalrat) oder der Überwindung der Pandemie zur Anwendung kommt. ARTISET empfiehlt: Streichen Art. 3 Abs. 5 und 5^{bis}, Ziff. II und Ziff. IV Abs. 2-4
29.11. Ständerat	<u>20.3772</u> Mo Bulliard Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind	Nicht nur strafrechtliche Zuwiderhandlungen hinterlassen Spuren bei Kindern, sondern auch das Miterleben häuslicher Gewalt. Der Bundesrat wird beauftragt, die Anzahl Kinder, die Zeug:innen von häuslicher Gewalt sind, statistisch zu erfassen. Das Miterleben von Gewalt gegen einen Elternteil oder eine nahe Bezugsperson als Zeug:innen ist für Kinder eine Form von psychischer Gewalt, die gravierende Folgen haben kann. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
01.12. Ständerat	Gemeinsame Behandlung <u>09.258</u> Pa Iv Humbel Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus <u>22.3372</u> Mo SGK-S Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen <u>13.3213</u> Mo Mitte-Fraktion Gleiche Finanzierung von stationären und ambulanten Spitalleistungen	Das Projekt EFAS eliminiert Fehlanreize der heutigen Finanzierung von ambulanten und stationären medizinischen Leistungen. Mit der Ausdehnung auf die Pflege kann EFAS seine volle Wirkung erzielen. Sowohl der Bundesrat wie auch die vorberatende Kommission stehen dieser Erweiterung positiv gegenüber – in gestaffelter Zeitplanung. ARTISET und ihr Branchenverband CURAVIVA begrüssen die Empfehlung von Bundesrat und vorberatender Kommission: Denn auch in der heutigen Finanzierung der Langzeitpflege bestehen Fehlanreize, welche mit EFAS beseitigt werden können. ARTISET empfiehlt: Annahme von EFAS mit der Ausdehnung auf die Pflege
05.12. Nationalrat	<u>18.043</u> Bundesgesetz Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht	Sexualstrafrecht: «Nur ein Ja ist ein Ja». Die Kommission für Rechtsfragen hat sich dafür ausgesprochen, im Sexualstrafrecht die Zustimmungslösung zu verankern. Insbesondere mit Blick auf Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf ist diese Definition im Sinne einer Verstärkung ihrer Autonomie und Selbstbestimmung zu begrüssen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Zustimmungslösung

	Geschäft	Haltung von ARTISET
05.12. Nationalrat	<u>20.445</u> pa. Iv. Suter Neuer Straftatbestand Cybermobbing (1. Phase)	Kinder und Jugendliche sind Cybermobbing besonders stark ausgesetzt. Cybermobbing wirkt schnell und ist breit gefächert. Die bestehenden strafrechtlichen Tatbestände sind nicht geeignet, um Cybermobbing-Aktivitäten effektiv zu bekämpfen. Die Schaffung eines Straftatbestands «Cybermobbing» im Strafgesetzbuch ist notwendig, insbesondere zum Schutz von Kinder und Jugendlichen. ARTISET empfiehlt: Zustimmung zur pa. Iv.
12.12. Nationalrat	<u>22.045</u> Bundesrat Internationale Arbeitsorganisation: Übereinkommen Nr. 190 und Bericht über die Erklärung zu ihrem hundertjährigen Bestehen	Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt stellen eine Verletzung der Menschenrechte dar und gefährden die Chancengleichheit im Erwerbsleben. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens anerkennt die Schweiz die erste international vereinbarte Definition von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt und setzt somit ein wichtiges Signal für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse. ARTISET empfiehlt: Ratifikation des Übereinkommens
12.12. Ständerat	Gemeinsame Behandlung <u>21.4470</u> Mo de Quattro Präventionskampagnen gegen Gewalt <u>21.4471</u> Mo Funciello Präventionskampagnen gegen Gewalt <u>22.3011</u> Mo WBK-N Präventionskampagnen gegen Gewalt	Sensibilisierungskampagnen zur Prävention und Eindämmung von häuslicher, sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt leisten einen wichtigen Beitrag. Dadurch werden Betroffene wie auch Täter:innen dazu animiert, frühzeitig zu reagieren und Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Prävention ist besser als nachgelagerte Schadensbegrenzung. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motionen
12.12. Ständerat	<u>22.3373</u> Mo WBK-N Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz	In einem Bericht auf mehrere Postulate hat der Bundesrat Wege zur Anerkennung der Gebärdensprache aufgezeigt. Die WBK-S, Bundesrat und Nationalrat unterstützen die Motion und bejahen die Notwendigkeit einer gesetzlichen Verankerung und Förderung der drei Schweizer Gebärdensprachen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
12.12. Ständerat	<u>22.4256</u> Mo SGK-S Entschuldung der Invalidenversicherung. Rückzahlung des Darlehens an die AHV	Eine Stabilisierung der IV ist vordringlich. Die Schulden der IV gegenüber der AHV belaufen sich auf über 10 Milliarden Franken. Seit dem Wegfall der Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung kann die IV keine Rückzahlungen mehr vornehmen. Mit der Annahme der Motion wird der Bundesrat beauftragt, Lösungsansätze zur Tilgung der Schuld der IV bei der AHV vorzulegen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion

	Geschäft	Haltung von ARTISET
12.12. Ständerat	<u>22.4248</u> Po Graf Koordinierter Hitze-Aktionsplan zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung	Mit dem Klimawandel kommt es verstärkt zu Hitzephasen. Dies setzt insbesondere vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu und führt zu hitzebedingten Todesfällen. Für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung regt das Postulat einen von Bund und Kantonen koordinierten Hitze-Aktionsplan an. ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats
14.12. Ständerat	<u>22.3879</u> Mo WBK-N Geschlechterperspektive bei der Digitalisierung berücksichtigen	Die Digitalisierung ist beispiellos und durchdringt zunehmend alle Lebensbereiche. Wie sich die Digitalisierung heute und künftig auf Männer und Frauen auswirkt, wird dabei zu wenig berücksichtigt. Daher soll der Bundesrat die Geschlechterperspektive bei der Ausarbeitung seiner künftigen Digitalisierungsstrategien berücksichtigen, damit das Problem der Benachteiligungen von Frauen im digitalen Bereich angepackt wird. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
14.12. Ständerat	<u>22.3383</u> Mo RK-N Alle Kinder ab Geburt rechtlich absichern	Gleichgeschlechtliche Elternpaare von Kindern, die in einem fortpflanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland oder mittels einer privaten Samenspende gezeugt wurden, sind heute als rechtliche Eltern nicht anerkannt. Die Motion fordert eine Gleichbehandlung bei der Rechtsstellung mit gleichgeschlechtlichen Elternpaaren, deren Kinder im Inland gezeugt wurden. In dieser Konstellation liegt Rechtssicherheit vor und ist eine optimale Absicherung des Kindes gewährleistet. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
14.12. Ständerat	<u>19.4632</u> Mo Buillard Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern	Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, es solle lediglich eine «programmatische Norm» im Zivilgesetzbuch aufgenommen werden, die zwecks gewaltfreien Erziehung primär bei der Prävention und Sensibilisierung ansetzt. Kinder haben aber aufgrund der UN-Kinderrechtskonvention ein Anrecht auf den Schutz ihrer Unversehrtheit. Prävention und Sensibilisierung sind notwendig – reichen aber nicht aus: Das einstige Züchtigungsrecht ist unmissverständlich abzuschaffen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion

	Geschäft	Haltung von ARTISET
15.12. Nationalrat	<u>22.3888</u> Mo SGK-N Keine Kürzung der Hilflosenentschädigung für Kinder, deren Eltern die Kosten des Heimaufenthalts selber tragen	Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von externen Entlastungsangeboten für Kinder mit Behinderung sollte uneingeschränkt gefördert werden, auch wenn die Kinder zu Hause leben. Eine ungekürzte Hilflosenentschädigung stellt in vielen Fällen eine unentbehrliche Unterstützung dar, damit die Eltern die anspruchsvolle Betreuung und Pflege tatsächlich verkraften können – ohne Verminderung ihrer Erwerbstätigkeit oder Dauerheimaufenthalt in Heimen oder Fremdplatzierungen der Kinder. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
15.12. Nationalrat	<u>22.4261</u> Mo SGK-N Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine "smarte" Auswahl an Hilfsmitteln	Hilfsmittel können die Mobilität und Eigenständigkeit der Menschen im Rentenalter stärken und so Heimeintritte deutlich verzögern. Personen im AHV-Alter sind jedoch bezüglich Hilfsmitteln im Vergleich zu IV-Bezüger:innen schlechter gestellt. Aus Sicht von ARTISET ist eine Angleichung bei der Abgabe von Hilfsmitteln für AHV- und IV-Bezüger:innen erstrebenswert. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
15.12. Nationalrat	<u>22.4262</u> Po SGK-N Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen	Assistenzbeiträge für Menschen mit Behinderung können mithelfen, die gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen. Was für den IV-Bereich gilt, könnte auch für Menschen im AHV-Alter Modellcharakter haben. Der Bundesrat soll überprüfen, ob die Ausrichtung von Assistenzbeiträgen auch an Personen im Rentenalter zu einer deutlichen Verbesserung der sozialen Absicherung führen könnte ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats